



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 17
Oktober
2004

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

strategischer Terrorismus, die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und scheiternde Staatsautorität in zahlreichen Regionen der Welt erfordern ein Umdenken in der Sicherheitspolitik. Im Kern muss eine zukunftsorientierte Sicherheitspolitik nicht mehr nur auf die Verteidigung staatlichen Territoriums abzielen, sondern auf den Schutz der Gesellschaften selbst. Der Schutz des transatlantischen „homeland“ und seiner Gesellschaften erfordert eine neue Dimension der Zusammenarbeit von militärischen und zivilen Organisationen – nicht nur innerhalb der einzelnen Staaten, sondern auch über deren Grenzen hinweg.

Es stellt sich u.a. die Aufgabe, militärischen und zivilen Führungskräften ein umfassenderes Verständnis darüber zu vermitteln, wie ihre Zusammenarbeit verbessert werden kann. Zentrale Bedeutung kommt dabei – wie bei der Transformation der Bundeswehr – der Vernetzung relevanter Fähigkeiten zu, um im Bedarfsfall effektives Handeln jenseits traditioneller, linearer Verantwortungsstränge zu ermöglichen. Die pmg wird sich dieses wichtigen Themas im Rahmen eines größeren Projekts ab Frühjahr 2005 annehmen. Geplant ist eine Buchpublikation mit Beiträgen namhafter Autoren aus Europa und den USA.

Vor dem Hintergrund der Schlüsselrolle, die der Vernetzung im Zeitalter der Transformation zukommt, stellt die vorliegende Ausgabe der Denkwürdigkeiten drei für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik wesentliche Weltregionen in den Mittelpunkt. Die Beziehungen zu Russland, Weißrussland und der Ukraine müssen nach den Erweiterungen von NATO und EU weiterentwickelt werden. China verfolgt das langfristige Ziel der strategischen Parität mit den USA in Asien und im Pazifik und strebt deshalb im Innern wie in den Außenbeziehungen nach Stabilität, um den ökonomischen Aufstieg zu sichern. Die heutigen Krisenherde des Mittleren Ostens sind, wie ein neu erschienener Sammelband

über die deutsche Orientpolitik zwischen Kaiserreich und Drittem Reich belegt, nicht zuletzt auf die damalige Politik europäischer Staaten zurückzuführen.

Ralph Thiele ist Gründungsvorsitzender der pmg

In dieser Ausgabe

1 Europas "neue" alte Nachbarn – Die Beziehungen zu Russland, Weißrussland und der Ukraine nach den Erweiterungen von NATO und EU

pmg/DGAP Workshop
Kurzbericht
von Dr. Gerd Föhrenbach

3 Anmerkungen zu Wirtschafts- und IKT-Entwicklungen in der VR China

von Dr. Peter Roell

10 Historische Erfahrung und politische Aufgabe: Deutschland bleibt im Orient gefordert

Rezension von Wolfgang G. Schwanitz (Hrsg.): *Deutschland und der Mittlere Osten*
von Dr. Hans-Ulrich Seidt

THEMEN

Europas "neue" alte Nachbarn – Die Beziehungen zu Russland, Weißrussland und der Ukraine nach den Erweiterungen von NATO und EU

pmg/DGAP-Workshop in Berlin
am 28.04.2004
Kurzbericht

Der Beitritt von sieben neuen Mitgliedern zur NATO und die Erweiterung der EU um zehn Staa-

ten im Frühjahr 2004 stellen Meilensteine auf dem langen Weg der Neuordnung Europas dar. Allerdings sind damit längst noch nicht alle (sicherheits-) politischen Herausforderungen bewältigt, denen sich Mittel- und Osteuropa gegenüber sieht. Der von pmg und DGAP gemeinsam veranstaltete Workshop widmete sich der Diskussion und Erarbeitung von Bausteinen einer zukünftigen Strategie für die Länder der Region.

Außen- und Sicherheitspolitik

In das Thema außen- und sicherheitspolitische Aspekte aus der Perspektive Russlands, Weißrusslands und der Ukraine führte Alexander Rahr (Körber-Arbeitsstelle Russland/GUS der DGAP) ein. Denkbar erscheint eine Bandbreite von Entwicklungen, die von Kooperation bis zu Konfrontation reicht. Am wahrscheinlichsten ist, so Rahr, ein Angebot seitens EU und NATO zu einer strategischen Partnerschaft und der Gründung von gemeinsamen „Räumen“ für Wirtschaft, Sicherheit, Kultur und Recht. Schon aufgrund fehlender Alternativen dürften die Länder der Region dies annehmen. Sollte Russland seine Politik der Westorientierung beibehalten, könnte sogar Putins Idee der Verschmelzung des reichen russischen Rohstoffreservoirs mit dem technologisch hoch entwickelten EU-Raum, um Europa als international konkurrenzfähigen Akteur gegenüber den USA und Asien zu etablieren, durchaus realisierbar sein. Sicherheitspolitische Bedrohungen, etwa durch eine mögliche Eskalation des Konfliktes um die islamischen Terrornetzwerke in den arabischen Ländern, würden diese Entwicklung beschleunigen.

Andererseits ist auch eine Rückkehr zur „Eindämmung“ Russlands nicht auszuschließen. Eine solche Entwicklung würde laut Rahr eintreten, wenn sich die EU und Russland bei schwierigen Themen (wie jüngst hinsichtlich der Folgen der EU-Erweiterung) nicht mehr am Verhandlungstisch einigen könnten. Russland ist derzeit gegenüber EU und NATO der schwächere Partner, aber

dies kann sich im Laufe der Jahre ändern. Ein erstarktes, antiwestliches Russland würde alle ehemaligen Sowjetrepubliken, selbst Weißrussland, in die Arme von NATO und EU treiben. Wenig wahrscheinlich, aber auch nicht völlig utopisch ist das Entstehen eines Bündnisses zwischen Russland und China, was zu einer gefährlichen geopolitischen Konfrontation mit den USA führen würde.

Insgesamt schätzt Rahr die Zukunft der Beziehungen zwischen EU/NATO und Russland eher positiv ein, wobei jedoch mit etlichen Krisen zu rechnen ist. Russland fügt sich allmählich in das westliche Regelwerk ein. Mit den früheren Botschaftern des Landes bei der EU und VN, Fradkow und Lawrow, sind Westspezialisten in das Amt des Ministerpräsidenten bzw. Außenministers gerückt. Der anstehende Beitritt zur WTO stellt den vorläufigen Höhepunkt der Westöffnungspolitik Putins dar.

In der Diskussion wurde auf das nach wie vor geringe Verständnis in Russland gegenüber der EU und deren Funktionsweise abgehoben (wenngleich Moskau das Personal in Brüssel aufgestockt hat). Die Einigung über das Partnerschafts-Protokoll zeigt, dass sich eine pragmatische Haltung durchgesetzt hat, aber zwischen beiden Seiten bestehen weiterhin „mentale Disparitäten“. Die EU wird am 1. Mai viele der Schwierigkeiten „erben“, die es im Verhältnis zwischen Moskau und den mittel- und osteuropäischen sowie den baltischen Staaten gibt. Die strategische Allianz zwischen den USA und Russland existiert heute nicht mehr, der Fall Chodorkowski hat hierbei zu einem „Dambruch“ geführt. Aufgrund des Präsidentschaftswahlkampfes ist mit amerikanischen Russland-Initiativen vorerst nicht mehr zu rechnen. Die sich auftuende Lücke sollten die Europäer füllen und für ihre Interessen nutzen.

Europäische Perspektive

Zu den außen- und sicherheitspolitischen Aspekten aus transatlantischer und europäischer Perspektive, dem zweiten Themenbereich, führte Michael Thu-

mann (Die Zeit) ein. Thumann konzentrierte sich insbesondere auf das Zukunftsthema Energiesicherheit. Die EU importiert derzeit ca. 50% des Rohöl- und 40% des Erdgasbedarfs, jeweils etwa die Hälfte davon aus Russland. Die Abhängigkeit der Union von Energieimporten wird bis zum Jahr 2020 auf rund 70% steigen. Dieser steigende Bedarf kann allerdings kaum von Russland gedeckt werden; im Erdgasbereich würde sonst die Exportquote bei unrealistischen 90% liegen. Zwei Tendenzen sollten zum Nachdenken anregen: So versucht Russland zum einen, auch die Erdgasexporte der Nachbarn zu kontrollieren bzw. monopolisieren (es wurde mit Turkmenistan ein entsprechender Vertrag mit 25-jähriger Laufzeit geschlossen, so dass bereits vom Entstehen einer „eurasischen Gas-OPEC“ die Rede ist). Zum anderen benutzt Russland Gaslieferungen bzw. das Aussetzen derselben vermehrt als Druckmittel, z.B. gegen Georgien und Weißrussland. Dies könnte bei einer drastischen Verschlechterung der europäisch-russischen Beziehungen künftig auch gegenüber Europa denkbar sein. Die Energiewirtschaft in Russland, so Thumann, ist kein unabhängiger Industriezweig, sondern „Sache des Kremels“.

Eine sinnvolle europäische Energiepolitik kann durchaus die Beziehungen zu Russland ausbauen, muss aber gewisse Grenzen erkennen und berücksichtigen, dass die russischen Energievorkommen nicht zur Deckung des wachsenden EU-Bedarfs ausreichen werden. Notwendig erscheint daher die Suche nach ergänzenden Energiequellen etwa in Nordafrika, am Kaspischen Meer, im Iran und Katar. Speziell Deutschland ist aber, wie Thumann betonte, auf Russland fixiert; deutsche Unternehmen sind etwa in Baku nicht vertreten. Mehrere Öl- und Gaspipelines durch die Türkei befinden sich derzeit im Bau bzw. in Planung. Deutschland und Europa sollten ein Interesse daran haben, dass die südkaspische Region und der nördliche Persische Golf zu unabhängigen Lieferanten heranwachsen, denn dies würde die „Freiheit der Wahl“ bedeuten.

Die Diskussion machte deutlich, dass die Wirtschaftsbeziehungen zu Russland, insbesondere der Energiesektor, das bedeutendste Kooperationsfeld sind, auch im Vergleich zum politischen Bereich. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit bietet „am meisten Substanz, am meisten Perspektive“. Zugleich wurde allerdings darauf hingewiesen, dass Brüssel gegenwärtig ein auf wirtschaftsstrategischem Gebiet ungeeigneter Akteur ist und sich auch für die Zukunft die Frage nach der „Strategiefähigkeit“ der EU stellt. Eine herausragende Rolle kommt deshalb Deutschland zu, da die intensiver werdende Strategiediskussion hier zu Lande die entsprechende strategische Leistungsfähigkeit verbessert. Deutschland hat insbesondere zu Russland immer einen substantiellen strategischen Dialog gepflegt (Beispiel WTO-Beitritt).

Wirtschaftspolitik

Die Einführung zum Bereich wirtschaftspolitische Aspekte, des dritten und abschließenden Themenblocks, übernahm Klaus-Peter Ludwig (EADS Space). Die russische Wirtschaftspolitik stellt sich heute investitionsfreundlicher dar als in der Vergangenheit. Eine liberalisierte Marktwirtschaft sichert zusammen mit einer „autoritären“ Innenpolitik und diversen Reformen von der Verwaltung über die Steuergesetzgebung bis zu den Staatsfinanzen eine relative Stabilität. Die Landwirtschaft ermöglicht sowohl Eigenversorgung als auch Export, und der Dienstleistungssektor expandiert. Der Rüstungsbereich ist stark exportorientiert.

In den Mittelpunkt seiner Ausführungen stellte Ludwig die Lage der russischen Luft- und Raumfahrtindustrie. Russland ist aus mehreren Gründen interessant: Zum einen gibt es dort einen „gigantischen Markt“, zum anderen verfügen die russischen Konzerne über „hervorragende Kompetenzen“, die sie auch zu Konkurrenten westlicher Unternehmen macht. Die russische Luft- und Raumfahrtindustrie, strukturell ein Resultat des Kalten Krieges, befindet sich in einem tief greifenden Neuordnungsprozess. Allein

die russische Raumfahrtindustrie mit vermutlich 800.000 Beschäftigten unterhält gegenwärtig u.a. ca. 10 Triebwerkshersteller, 22 große Systemzulieferer und etwa 15 wissenschaftliche Großforschungseinrichtungen. Ziel der Strukturentwicklung ist die Bildung von 30 Holdings (19 für Luftfahrt, 11 für Raumfahrt).

Zusammenfassend unterstrich Ludwig die Bedeutung Russlands in dessen Doppelrolle als Partner und Wettbewerber. Die EADS wird ihr Engagement deutlich steigern, wie die Gründung der EADS Russia Ltd. im März 2004 zeigt. Die Überdimensionierung der russischen Luft- und Raumfahrtindustrie lässt sich, so Ludwig, nur durch deutliche Aufrüstung beibehalten oder durch massive Zunahmen beim Export.

Die Diskussion fügte den beiden zuletzt genannten Alternativen zwei weitere hinzu: Möglich erscheint ebenfalls der Zusammenbruch der russischen Luft- und Raumfahrtindustrie. (Dann besteht allerdings, wie Anfang der 1990er Jahre im Nuklearbereich, die Gefahr, dass hoch qualifizierte Wissenschaftler ins Ausland abwandern.) Ferner kann aber auch schlicht von einer neuen „Phase“ der russischen Luft- und Raumfahrtindustrie gesprochen werden, wenn diese ihre Fixierung auf den Heimatmarkt aufgibt und lernt, auf dem Weltmarkt mitzuspielen. Die EU-Erweiterung am 1. Mai bedeutet insofern keine Zäsur, als die Reorientierung der mittel- und osteuropäischen Kandidatenländer weg von Russland ein bereits länger andauernder Prozess ist und nicht schlagartig zum Tragen kommt.

Insgesamt, so ein Fazit des Workshops, sollte Russland als pragmatischer Partner betrachtet werden, für den die Wahrung der Stabilität, der Schutz der Souveränität und die Beachtung der nationalen Interessen eine wesentliche Bedeutung spielen. Die pmg wird auch zukünftig die strategische Diskussion über den Reformprozess der „neuen“ alten Nachbarn in Mittel- und Osteuropa mitbegleiten.

Dr. Gerd Föhrenbach, Waldbröl

THEMEN

Anmerkungen zu Wirtschafts- und IKT-Entwicklungen in der VR China

*Dr. Peter Roell *)*

Vorbemerkung

Da im vergangenen Jahr und auch in diesem Jahr viel über Wirtschaftsentwicklungen in der VR China publiziert wurde, möchte ich mich in meinen Ausführungen bewusst auf einige Anmerkungen konzentrieren. Das Thema soll allerdings unter dem erweiterten Sicherheitsbegriff beleuchtet werden, so wie ihn Bundeskanzler Schröder anlässlich seiner Rede am 6. Februar 1999 bei der Münchner Konferenz für Sicherheitspolitik definierte:

Dabei kann moderne Sicherheitspolitik heute nur noch umfassender verstanden werden. Die politische, wirtschaftliche, soziale, ökologische und auch militärische Dimension müssen zusammen gedacht, aber auch zusammen gebracht werden.⁽¹⁾

Aus diesem Grunde möchte ich zunächst auf die Kerninteressen und die Machtkonstellationen im „Reich der Mitte“ eingehen, gefolgt von einem kurzen Blick auf die chinesische Außenpolitik, sprich die Beziehungen Pekings zu den USA, der Russischen Föderation und Zentralasien, zu Japan, den ASEAN-Staaten, zu Indien und Pakistan, zu den beiden koreanischen Staaten sowie zur Europäischen Union. Anschließend sollen sich Ausführungen zu Wirtschaftsentwicklungen im Jahre 2003 sowie zu Entwicklungen im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Wachstumsbranche der Zukunft.

Abrunden möchte ich meinen Beitrag mit einem kurzen Resümee und einem Ausblick.

Kerninteressen und Machtkonstellationen

Eines der wichtigsten politischen Interessen der VR China ist der Wunsch nach Stabilität, nach innen und nach außen. Peking braucht ein stabiles Umfeld, um die Modernisierung des Landes vorantreiben zu können. Dieses grundlegende Interesse hält die chinesische Führung allerdings nicht davon ab, ihre Ziele mit Nachdruck, aber auch mit taktischer Flexibilität zu vertreten. Hierzu gehören die Sicherstellung der Souveränität und Integrität des Landes, die Wiedergewinnung der territorialen Einheit, sprich die Wiedervereinigung mit Taiwan, die Aufrechterhaltung oder Verwirklichung von Souveränitätsansprüchen im Südchinesischen Meer sowie die Etablierung der VR China als bedeutsame Macht in der asiatisch-pazifischen Region. ⁽²⁾

Vom 08. – 14. November 2002 fand in Peking der XVI. Parteitag der KPCh statt, und es erfolgte die Wahl eines neuen Zentralkomitees. Am 15. November 2002 betätigte dieses dann die Mitglieder des neuen Politbüros und der anderen Führungsgremien der Partei. Mit der Übernahme des Amtes des Generalsekretärs der KPCh, das von Jiang Zemin bekleidet wurde, avancierte Hu Jintao zur Nummer Eins in der Parteihierarchie und übernahm im März 2003 von diesem auch das Amt des Staatspräsidenten. Jiang Zemin behielt aber noch den einflussreichen Posten des Vorsitzenden der Zentralen Militärkommission (ZMK). Sein Günstling Zeng Qinghong wurde im November 2002 zum Präsidenten der ZK Schule ernannt. Seit Juli 2000 ist er auch Stellvertretender Leiter der ZK Führungsgruppe für die Arbeit in den Bereichen Propaganda, Presse, Rundfunk und Fernsehen sowie Verlagswesen. ⁽³⁾

Mit Ministerpräsident Wen Jiabao hat Staatspräsident Hu Jintao einen Mann an seiner Seite, der in Wirtschafts- und Finanzfragen über viel Erfahrung verfügt. Viele Analysten stimmen darin überein, dass Hu und Wen, die sich während der SARS-Krise im Jahr

2003 häufig in der Öffentlichkeit engagierten und volksnah präsentierten, gestärkt aus dieser Krise hervorgingen und auch innerhalb der Führungsgremien von Partei und Staat an Profil und Autorität gewinnen konnten. Auch dürften Hu und Wen vom gelungenen erstmaligen Raumflug eines chinesischen Astronauten im Oktober 2003 politisch profitiert haben. Im Gegensatz zu Hu und Wen, die sich nach Ende des ZK Plenums vor Ort über die letzten Vorbereitungen am Raumflughafen medienwirksam informierten, war Jiang Zemin, Vorsitzender der Zentralen Militärkommission (ZMK) dem Geschehen fern geblieben. Er übermittelte erst nach Abschluss des Fluges seine Glückwünsche. Dies gab Gerüchten über Spannungen zwischen Jiang und Hu Auftrieb. ⁽⁴⁾

Derartige Spekulationen um machtpolitische Konflikte zwischen den Fraktionen um Hu Jintao und Jiang Zemin sind nach meiner Einschätzung in der Tat eher spekulativ. Die neue chinesische Führung hat sich gut etabliert und mit einem offiziellen Militärbudget im Jahre 2003 von 20 Milliarden US Dollar, eine Steigerung um 9,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr ⁽⁵⁾, kam sie auch den Interessen Jangs und denen der Militärs entgegen. Somit besteht im Kreise der Entscheidungsträger weitgehende Interessenidentität, die in aktive Politik umgesetzt werden kann.

Chinas Außenpolitik

Die Beziehungen zu den USA

Wirft man einen Blick auf die Handelsbeziehungen zwischen der VR China und den USA im Jahre 2003, so wird deutlich, welche zentrale Bedeutung diese für Peking haben. So lag das bilaterale Handelsvolumen bei 126 Milliarden US Dollar. Die Importe Chinas betragen 34 Milliarden US Dollar, die Exporte 92 Milliarden US Dollar. ⁽⁶⁾

Aus Sicht Pekings befinden sich derzeit die bilateralen Beziehungen generell auf hohem Niveau. Hauptstreitpunkt ist die Zusammenarbeit Washingtons mit Tai-

wan. Dies wurde auch beim Besuch des US-Vizepräsidenten Dick Cheney im April 2004 in Peking deutlich. In seinen Gesprächen pries er auf der einen Seite die Professionalität der neuen chinesischen Führung, sprach von gleichen Sorgen und strategischen Interessen. Auf der anderen Seite wies er aber darauf hin, dass Ausmaß der bestehenden Unterschiede nicht zu unterschätzen. ⁽⁷⁾

Waffenlieferungen der USA an Taiwan wertet Peking als „Verletzung der Souveränität Chinas und Einmischung in innere Angelegenheiten“, die Pläne Washingtons zur Schaffung eines Raketenabwehrsystems (TMD) als Bedrohung der eigenen Sicherheit. Washington hält hingegen am „Taiwan Relations Act“ fest.

Die „Unabhängigkeitsbestrebungen“ des taiwanesischen Präsidenten Chen Shuibian, Fehleinschätzungen im Falle einer krisenhaften Entwicklung in der Taiwan-Strasse, in Washington oder Peking, können die bilateralen Beziehungen aber auch sehr schnell in den Brennpunkt der internationalen Politik und eines dann notwendigen Krisenmanagements rücken.

Die Beziehungen zur Russischen Föderation und Zentralasien

Im Gegensatz zum Handelsvolumen USA - VR China nimmt sich der chinesisch-russische Handel eher bescheiden aus. So belief sich das Handelsvolumen im Jahre 2003 auf 15,7 Milliarden US Dollar mit einem Handelsdefizit für China von 3,7 Milliarden US Dollar. ⁽⁸⁾ Bei seiner ersten Auslandsreise im Mai 2003 machte Chinas Präsident Hu Jintao zunächst Zwischenstation in Moskau und unterstrich auf diese Weise die besondere Bedeutung, die Peking den Beziehungen zu Russland beimisst, wenngleich für beide Seiten die Beziehungen zu Washington von erheblicher größerer politischer, ökonomischer und sicherheitspolitischer Tragweite sind.

Dennoch wird Russland bis auf weiteres wichtigster Exporteur von Rüstungsmaterial für China bleiben, was auch ganz im Interesse Moskaus ist. So wird der Wert der jährlichen Rüstungslieferungen Russlands an die VR China seit 1999 auf 1,5 bis 2 Milliarden US Dollar geschätzt.⁽⁹⁾

Ungeachtet gemeinsamer Deklarationen einer „strategischen Partnerschaft“ hält sich Moskau bei der Lieferung von militärischer Spitzentechnologie an Peking zurück, dies auch deswegen, weil Russland danach trachten muss, dass sich das militärstrategische Kräftegleichgewicht in den nächsten zwei Jahrzehnten nicht zu seinen Ungunsten verändert.⁽¹⁰⁾

Zur Sicherung eines stabilen Umfeldes gehören für Peking gute Beziehungen zu den benachbarten zentralasiatischen Staaten. Wichtigstes Instrument dabei ist die am 15.06.2001 aus der Gruppe der „Shanghai Fünf“ hervorgegangene „Shanghai Kooperationsorganisation“ (SCO). Neben der Bereinigung von Grenzfragen haben sich die Mitgliedsstaaten auf vertrauensbildende Maßnahmen und eine Verbesserung der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen verständigt, wobei der gemeinsamen Bekämpfung des internationalen Terrorismus besondere Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Die Beziehungen zu Japan

Chinas Beziehungen zu Japan haben sich im wirtschaftlichen Bereich sehr positiv entwickelt. So exportierte Japan im Jahre 2003 Waren im Werte von 74,2 Milliarden US Dollar nach China, eine Steigerung um 38,7 Prozent zum Vorjahr und importierte Waren für 59,4 Milliarden US Dollar, eine Steigerung um 22,7 Prozent gegenüber 2002. Aus diesen Zahlen ergibt sich ein Handelsdefizit für China von 14,8 Milliarden US Dollar.⁽¹¹⁾ Diese rasante Steigerung der japanischen Exporte trug auch dazu bei, Japan aus der langen wirtschaftlichen Stagnation herauszuführen und sogar einen Handelsüberschuss mit China zu erzielen.

Ungeachtet dessen sind in den bilateralen politischen Beziehungen keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen. Seit über 2 Jahren kam es zu keinem Besuch der Staatsoberhäupter; auf Ministerebene fanden nur einige Treffen statt. Die Beziehungen werden von der Geschichte überschattet; von wiederholten Besuchen des japanischen Ministerpräsidenten am Yasukuni-Schrein, von Kontroversen über Inhalte in japanischen Schulbüchern, vom Streit über die Senkaku-Diaoyu Inseln, vom Eindringen chinesischer „Forschungsschiffe“ in das umstrittene Seegebiet, aber auch aufgrund Japans zunehmend enger werdenden Beziehungen zu Taiwan. Dies alles mündet in einen steigenden chinesischen Nationalismus und antijapanischen Gefühlen, mit harschen Attacken im Internet.

Meinungsumfragen in beiden Ländern lassen geringes Vertrauen und geringe positive Gefühle gegenüber der anderen Nation erkennen. Dieses Negativbild überschattet die sich positiv entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen und gibt zu Besorgnis Anlass.⁽¹²⁾

Die Beziehungen zu ASEAN

Die Beziehungen zu ASEAN entwickeln sich insgesamt sehr positiv. Nach anfänglicher Zurückhaltung erweist sich China mehr und mehr als Hauptmotor der Integration im Rahmen ASEAN + China sowie ASEAN + Drei (China, Japan, Südkorea). Als Erfolg kann Peking die Unterzeichnung eines Rahmenabkommens zur Gründung einer Freihandelszone mit den ASEAN-Staaten zum Jahre 2010/2015 auf dem ASEAN Gipfel in Phnom Penh am 04.11.2002 werten. Gleiches gilt für die von den Außenministern unterzeichnete „Declaration of Conduct of Parties in the South China Sea“, die die Parteien zur Zurückhaltung sowie zu vertrauensbildenden Maßnahmen auffordern und zur Zurückhaltung sowie zur Respektierung der freien Schiff- und Luftfahrt in und über dem umstrittenen Seegebiet im Südchinesischen Meer mahnen.⁽¹³⁾

Diese Absichtserklärung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Konflikte um Besitzansprüche bezüglich der Spratly- und Paracel-Inseln jederzeit ausbrechen und sich zuspitzen können.

Die Beziehungen zu Indien und Pakistan

Beim Besuch des indischen Premierministers Vajpayee in China (22. – 27.06.2003) wurden den bilateralen Beziehungen neue Impulse gegeben. Man kam überein, Sonderbeauftragte zur Lösung von Grenzstreitigkeiten einzusetzen. Während Indien Tibet als Teil Chinas anerkannte, kündigte China die Aufnahme von Handelsbeziehungen mit Indiens nordöstlichem Staat Sikkim an.⁽¹⁴⁾

Obwohl während der dritten Gesprächsrunde in Neu Delhi am 27. Juli 2004 keine Lösung der offenen Grenzfragen erzielt werden konnte, hat es den Anschein, dass beide Seiten an einer Beilegung des schwelenden Konflikts interessiert sind und sich generell auf entspanntere Beziehungen hin bewegen. Und in der Tat gibt es auch ähnlich gelagerte Sicherheitsinteressen, sprich Ausbalancierung des US Machteinflusses in Asien, Energiesicherheit sowie die Bekämpfung militanter islamistischer Gruppierungen.⁽¹⁵⁾

Pakistan ist traditionell Freund und Verbündeter Chinas. So führten chinesische und pakistanische Truppen erstmalig eine gemeinsame Antiterrorismusübung im Nordwesten Chinas durch, an der über 200 Soldaten teilnahmen.⁽¹⁶⁾

Diese Zusammenarbeit erfolgt auch vor dem Hintergrund chinesischer Befürchtungen eines sich von Pakistan ausbreitenden grenzüberschreitenden ethnisch und fundamentalistisch-religiös motivierten Terrorismus.

Die Beziehungen zu Nord- und Südkorea

Seit Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu Südkorea im Jahre 1992 unterhält Peking substantielle Beziehungen zu beiden koreanischen Staaten. Die Krise um das nordkoreanische Nukle-

aprogramm bereitet China Sorge. Obwohl auch die dritte Runde der sogenannten „Sechs-Parteien-Gespräche“ (Nord- und Südkorea, USA, China, Russland und Japan) im Juni 2004 ohne konkrete Ergebnisse blieb, herrschte Einigkeit darüber, dass ein Einfrieren des Atomprogramms der erste Schritt hin zu einer atomwaffenfreien koreanischen Halbinsel sei.⁽¹⁷⁾

Ohnehin hatten Beobachter der politischen Szene vor den im November 2004 stattfindenden US-Präsidentenwahlen keinen Durchbruch bei den Gesprächen erwartet, zumal in Washington und Pjöngjang das gegenseitige Misstrauen ausgesprochen groß ist.

China wird nach den Besuchen von US-Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, des Kommandeurs der US-Pazifik-Flotte, Admiral Thomas Fargo, sowie des am 28. Juli 2004 vom US-Sonderbeauftragten für Nordkorea, Joseph DeTrani, in Peking durchgeführten Besuchs, bemüht bleiben, sich gegenüber den USA als Schlüsselfaktor für regionale Sicherheit und Stabilität in Asien darzustellen.

Die Worte des US-Präsidentenwahlkandidaten John Kerry, im Falle seiner Wahl werde die US-Administration die Sechs-Parteien-Gespräche beenden und in direkte Verhandlungen mit Nordkorea treten, dürften in Peking nicht viel Freude ausgelöst haben.

Die Beziehungen zur Europäischen Union

Mit einem Handelsvolumen von 135 Mrd. Euro ist China inzwischen der zweitwichtigste Handelspartner der EU nach den USA geworden. Da Europa dabei weit mehr importiert als exportiert, wobei ein Handelsbilanzdefizit von 55 Mrd. US Dollar für die EU zu verzeichnen war⁽¹⁸⁾, wird deutlich, wie wichtig auch für China die bilateralen Beziehungen sind.

In Policy Papieren bekunden China und die EU die Notwendigkeit

einer strategischen Partnerschaft.⁽¹⁹⁾ Gegenwärtig gibt es zwei Themen, die die Beziehungen zwischen der EU und der VR China belasten und die sich für den am 8. Dezember 2004 vorgesehenen strategischen Dialog als problematisch erweisen könnten. So weigerte sich die Europäische Kommission am 28. Juni 2004, China den Status einer Marktwirtschaft zu gewähren.⁽²⁰⁾ Bei Gewährung hätte dies für China den Vorteil, dass die Einleitung von Anti-Dumping-Verfahren erheblich erschwert werden würde.

Hinzu kommt Chinas Drängen, das von der EU vor 15 Jahren nach dem Tiananmen-Massaker verhängte Waffenembargo aufzuheben, das von China als diskriminierend erachtet wird.⁽²¹⁾

Washington sieht bei einer Aufhebung des Waffenembargos seine Sicherheitsinteressen in Asien bedroht, so zum Beispiel beim Ausbruch eines militärischen Konflikts in der Taiwan-Straße, und interveniert auf diplomatischen Wegen in der EU. Auch bei einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und im Europäischen Parlament gibt es Vorbehalte, so dass das Waffenembargo vorerst vermutlich nicht aufgehoben werden wird.

damit mit 1,1 Prozentpunkten über dem Wachstum des Vorjahres. Trotz des hohen Wirtschaftswachstums nahm die Inflationsrate (Verbraucherpreise) gegenüber 2002 nur um 1,2 % zu (Inflation im März 2004: + 3 %).

Im Agrarsektor verzeichnete zum Beispiel die Getreideproduktion einen Rückgang um 5,8 % während der Fleischoutput um 5,1 % stieg. Die gesamte industrielle Wertschöpfung legte im Jahre 2003 um 12,6 % zu. Die Anlageinvestitionen wiesen eine Wachstumsrate von 26,7 % auf mit besonders hohen Wachstumsraten in der Stahlindustrie (+ 96,6 %), Zementindustrie (+ 122 %), Automobilindustrie (+ 82,7 %), Textilindustrie (+ 80,4 %) und Kohleindustrie (+ 52,3 %).

Die Zahlungsbilanz wies im Jahre 2003 einen Handelsüberschuss von 25,5 Mrd. US\$ aus, einen Rückgang um 4,9 Mrd. US\$. Die Devisenreserven erhöhten sich mit dem Zufluss von ausländischem Kapital weiter und lagen Ende 2003 bei 403,3 Mrd. US\$. Dies waren 116,8 Mrd. US\$ mehr als Ende 2002.

Der Außenhandel Chinas mit den wichtigsten Partnerländern entwickelte sich 2003 mit hohen Zuwachsraten. So exportierte bzw. importierte China wie folgt:

	Exporte		Importe	
	Mrd. US\$	% *	Mrd. US\$	% *
USA	92,5	32,2	33,9	24,3
Hongkong	76,3	30,5	11,1	3,7
EU	72,2	49,7	53,1	37,7
Japan	59,4	22,7	74,2	38,7
ASEAN	30,9	31,1	47,3	51,7
Korea	20,1	29,4	43,1	51,0
Russland	6,0	71,4	9,7	15,7

* Veränderung ggü. 2002

Wirtschaftsdaten

Das staatliche Statistikamt veröffentlichte im Februar 2004 in chinesischer, im März 2004 in englischer Sprache, den offiziellen statistischen Bericht zur wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Jahre 2003 in der VR China.

So betrug die gesamtstaatliche Wachstumsrate 9,1 % und lag

Der Zufluss von Auslandskapital hielt sich auf hohem Niveau. Das vertraglich zugesagte Volumen ausländischer Direktinvestitionen betrug 115,1 Mrd. US\$ (+ 39 %) und der realisierten Direktinvestitionen 53,5 Mrd. US\$ (+ 1,4 %).

Das hohe Entwicklungstempo spiegelte sich auch im Anstieg des Transportvolumens wider. So

nahm das Frachtvolumen um insgesamt 17,9 % zu.

Der Telekommunikationsbereich wies 2003 spektakuläre Wachstumsraten auf. So nahm die Zahl der Festnetzanschlüsse um 49,08 Millionen zu und lag Ende 2003 bei insgesamt 263,05 Millionen Anschlüssen. Die Zahl der mobilen Netzanschlüsse stieg auf 62,69 Millionen Anschlüsse sogar noch schneller. Die Gesamtzahl der Mobilnetzanschlüsse betrug 268,69 Millionen. Werden Festnetz- und Mobilnetzanschlüsse zusammen betrachtet, ergibt dies eine Gesamtzahl von rund 532 Millionen Anschlüssen.

Als besondere Probleme in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Jahres 2003 nannte das Statistikamt das langsame Wachstum der bäuerlichen Einkommen, die großen Herausforderungen an den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherheit, Engpässe im Transportsektor und bei Energielieferungen, den sehr hohen Umfang der Anlageinvestitionen, „blinde“ Investitionen und die daraus resultierende Expansion von Produktionskapazitäten mit geringer Qualität in bestimmten Industrien, die hohen Einkommensunterschiede zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen und den zunehmenden Druck auf die Ressourcenausstattung und die Umwelt.⁽²²⁾

Während sich wohl alle China-Analysten über die Notwendigkeit relativ hoher Wachstumsraten zur Bewältigung der enormen strukturellen Anpassungsprobleme und über den Abbau regionaler Entwicklungsdefizite einig sind, weicht die Interpretation der Folgewirkungen des wirtschaftlichen Erfolgs erheblich voneinander ab. Eine neue Chinaeuphorie über den scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg und den damit entstehenden Chancen für ausländische Unternehmen wird begleitet von Bedrohungsängsten und Krisenszenarien.⁽²³⁾

John Makin, Ökonom und Asienexperte beim American Enterprise Institute nennt China „the unplannable, planned economy“ (www.aei.org/publication20586) und zeichnet eine nicht sonderlich

positive Entwicklung. Wegen des ausgebrochenen „Raubtierkapitalismus“, einem schwachen Finanzsektor und dem noch immer planwirtschaftlichen Instrumenten anhängenden Politbüro, vermutet Makin noch in diesem Jahr eine „harte Landung“.

Erste Anzeichen gäbe es schon: die Aktienmärkte in Asien hätten bereits kräftig Federn gelassen, allein seit März hätten die Indices in China und Korea mehr als 20 % verloren. Steigende Zinsen in sicheren Märkten wie dem amerikanischen hätten viele Investoren veranlasst, ihre Gelder aus dem Boomland abzuziehen und gewinnbringend, aber risikofrei, anderswo anzulegen.⁽²⁴⁾

Erste Erfolge bei der Drosselung des überhitzten Wirtschaftswachstums signalisierte die chinesische Führung im Juni 2004. Im Mai soll das Wachstum der Anlageinvestitionen von 34,7 % (auf das Jahr hochgerechnet) auf 18,3 % zurückgegangen sein, sich der Zuwachs der Bankkredite von 19,8 auf 18,6 und die Steigerung der Geldmenge (M2) von 19,1 auf 17,5 % verlangsamt haben. Auch die Industrieproduktion soll „nur“ noch um 17,5 % gegenüber dem Vormonat des Jahres 2003 gewachsen sein.

Internationale Beobachter werten diese Daten eher vorsichtig optimistisch⁽²⁵⁾, und die Frage, ob es in China zu einer harten oder eher weicheren Landung kommen wird, weiß wohl niemand so recht einzuschätzen.

In seiner Prognose zur Wirtschaftsentwicklung in den nächsten 3 Dekaden geht Kenneth Lieberthal davon aus, dass wegen der Migration von 150 – 300 Millionen Menschen aus den ländlichen Gebieten in die Städte der Frage der sozialen Absicherung besondere Bedeutung zukommen wird und weist auf die Notwendigkeit des Aufbaus institutioneller Kapazitäten durch die Regierung sowie durch den Finanzsektor hin, insbesondere in den Bereichen Versicherungs- und Rentenfonds.⁽²⁶⁾

Der IKT-Sektor

Während die traditionellen Industriegesektoren keine Garanten mehr für einen dauerhaften, arbeitsplatzschaffenden Wachstumsprozess sind, gelten die Sektoren der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als Wachstumsbranchen der Zukunft. Sie umfassen die Bereiche Hardware, Software und softwarehardwarezentrierte Dienstleistungen, Telekommunikationseinrichtungen und Telekommunikationsdienstleistungen.⁽²⁷⁾

Seit 1990 entwickelte sich der *chinesische Hardware-Markt* in hohem Tempo. Ausgehend von einem Marktvolumen von anfänglich rund 1 Mrd. US\$, wuchs der Markt durchschnittlich um 31 % pro Jahr und erreichte im Jahre 2002 einen Wert von 16,2 Mrd. US\$. Für die weitere Entwicklung des Hardware-Marktes bis 2006 wird eine durchschnittliche Wachstumsrate von 15 % erwartet und eine Erhöhung des Volumens auf über 26 Mrd. US\$.

Im Privatkunden-Bereich rangiert für PCs das chinesische Unternehmen Legend mit einem Marktanteil von 30 % (2002) an erster Stelle, gefolgt von den Unternehmen Founder mit 10 % sowie Great Wall, Hisense und TCL mit einem Marktanteil von jeweils weniger als 5 %. Im Geschäftskunden-Bereich wird der Markt von ausländischen Unternehmen dominiert. Hier rangiert Hewlett Packard vor IBM an erster Stelle.

Aufgrund der noch immer geringen Verbreitung von PCs in China wird von hohen Expansionschancen für den Hardware-Markt ausgegangen. Mit einer geschätzten Anzahl von 24,4 Millionen PCs in China im Jahre 2001 und einer Durchdringungsrate von 1,9 % besteht ein immenses Potential für die Entwicklung der Inlandsnachfrage.

Die *chinesische Produktion von Computer Hardware* verzeichnete in der letzten Dekade ein rasantes Wachstum und machte China zu einem der wichtigsten Produktionsstandorte weltweit. Mit einem Produktionsvolumen von 35,2

Mrd. US\$ im Jahre 2002 lag China an zweiter Stelle hinter den USA (70,2 Mrd. US\$), jedoch vor Japan (31,49 Mrd. US\$) und Taiwan (17,35 Mrd. US\$), wobei ausländische Firmen, zum Beispiel aus Taiwan, eine Schlüsselrolle bei der Entwicklung der chinesischen Hardware-Produktion spielten.

Auch der *chinesische Software-Markt* verzeichnete in den letzten Jahren ein starkes Wachstum. Mitte der neunziger Jahre betrug sein Volumen 0,8 Mrd. US\$. 2001 erreichte er bereits 3,4 Mrd. US\$, wobei er zu 95,3 % von ausländischen Software-Unternehmen dominiert wird. So besitzt das US-Unternehmen Microsoft eine starke Stellung im Bereich Desktop und Server Betriebssysteme, während andere ausländische Unternehmen die Märkte für High-End-Server-Betriebssysteme sowie Daten- und Netzwerk-Management-Systeme dominieren. Die inländischen Software-Produzenten konzentrieren sich auf die Märkte für Middleware und Anwendungen.

Die einzigen Bereiche, in denen inländische Anbieter den Markt dominieren, sind Software-Sicherheitssysteme, die durch Einschränkungen der Regierung vor ausländischen Wettbewerbern geschützt sind, sprachbasierte Produkte wie Spracherkennungs-Software für die chinesische Sprache und Finanz-Software für die Besonderheiten des chinesischen Rechnungs- und Finanzwesens.

Als besonders gravierendes Problem ist in China die Software-Piraterie zu nennen. Nach einer Studie der Business Software Alliance waren im Jahre 2002 in China 92 % aller Software illegale Kopien. Software-Piraterie in China war im Jahre 2002 für Verluste der weltweiten Software-Anbieter in einem Umfang von 2,4 Mrd. US\$ verantwortlich.

Der *Markt für IT Services* in China wurde im Jahre 2003 auf etwa 4,7 Mrd. US\$ geschätzt. Im Jahre 2002 setzte sich der IT-Servicemarkt zu 47 % (1,77 Mrd.

US\$) aus Implementation Services, zu 26 % (0,98 Mrd. US\$) aus Operations Management und zu etwa gleichen Teilen aus Training, Education, Support Services und IT-Consulting zusammen. Chinesische Unternehmen wie Digital China und Legend dominieren diesen Markt, für den bis zum Jahre 2007 ein weiterhin starkes Wachstum erwartet wird.

Die *Produktion von Software und IT-Services* erreichte im Jahre 2002 einen Wert von 13,3 Mrd. US\$. Vom Gesamtvolumen entfielen 8 Mrd. US\$ auf Software und 5,3 Mrd. US\$ auf IT-Services.

Um eine höhere Wettbewerbsfähigkeit im Bereich Software und IT-Services zu erreichen, unternimmt China große Anstrengungen. So existierten im Jahre 2000 mehr als 5.000 Software-Unternehmen, 19 Software-Industrieparks und 53 High-Tech-Entwicklungszentren, wobei die Strukturen der Software-Industrie sehr fragmentiert ist. 97 % der Software-Produzenten sind kleinere und mittelständische Unternehmen, von denen die meisten weniger als 50 Mitarbeiter haben.

Für 2006 wird ein Produktionswert von 21 Mrd. US\$ angestrebt.

Als Hemmnisse für dieses Ziel wird der Mangel an Fachkräften genannt. So sollen bis 2005 weitere 2.000 Software-Ingenieure und 300.000 Software-Fachkräfte ausgebildet werden. Schwächen liegen auch im Bereich des Managements und der Qualitätssicherung des Software-Entwicklungsprozesses.

Der chinesische Markt für *Daten-netzwerk-Einrichtungen* hat sich im Zuge steigender Computerisierung rasch vergrößert. Wachstumsraten von etwa 30 – 40 % in den Jahren 1998 – 2000 führten zu Verkaufserlösen von 1,2 Mrd. US\$ im Jahre 2000 und etwa 2,2 Mrd. US\$ im Jahre 2003.

Bei festen Telefonanschlüssen überholte China im Jahre 2002 mit 214,4 Mio. Anschlüssen die USA (190 Mio.) und liegt weltweit an der Spitze. Auch bei der Anzahl der Mobiltelefonanschlüsse ver-

drängte China im Jahre 2002 mit 206,6 Mio. Anschlüssen die USA (140,8 Mio.).

Trotz der rasanten Entwicklung ist die Marktdurchdringung aufgrund der großen Bevölkerungszahl in China nach wie vor relativ gering. Sie liegt bei den Mobiltelefon-Anschlüssen bei etwa 16 % und damit deutlich unter den Werten in Westeuropa mit 60 – 80 %.

Bis zum Jahre 2008 wird allerdings mit einem weiterhin starken Anstieg der Anzahl der Anschlüsse gerechnet, die eine Höhe von 400 Mio. erreichen könnten. Dies entspräche einer Marktdurchdringungsrate von 30 %.

Die Betriebsstruktur der Telekommunikationsnetze ist durch chinesische Unternehmen geprägt. Ausländische Firmen spielen in dem Markt, der lange Zeit durch das Monopol der China Telecom dominiert war, keine nennenswerte Rolle.

Der chinesische Markt für Internetzugang und Datenübertragung wird fast vollständig durch die Regierung kontrolliert. Bis zum Jahr 2007 soll es ausländischen Unternehmen jedoch ermöglicht werden, in einigen Bereichen, wie den Internet-Service-Providern (ISP) oder den Internet-Backbones, deutliche Marktteile zu erringen.⁽²⁸⁾

Aus der Sicht potentieller ausländischer Investoren ist der chinesische Telekommunikationssektor aufgrund der Wachstumsdynamik und in Folge des WTO-Beitritts der VR China sicher interessant. Mit Blick auf die tatsächlichen Wettbewerbsbedingungen ist zu berücksichtigen, dass die Umstrukturierungen im chinesischen Telekommunikationssektor bislang ausschließlich aufgrund staatlicher Politik und nicht unter Marktkriterien erfolgten. Nach wie vor sind die chinesischen Netzbetreiber nicht staatlich unabhängig. Hinzu kommt, dass das Marktpotential leicht überschätzt werden könnte, da alle international agierenden Firmen gleichzeitig auf den chinesischen Markt strömen, um vermeintliche Anteile und Gewinne zu sichern.

Generell sind die Erfolgsaussichten im Telekommunikationssektor aufgrund der Umbruchsituation in China mit Chancen, aber auch mit Risiken behaftet.⁽²⁹⁾

Resümee und Ausblick

Wie die Ausführungen gezeigt haben, ist die VR China bestrebt, im Inneren und in den Außenbeziehungen ein stabiles Terrain zu schaffen, das den wirtschaftlichen Aufstieg des Landes sowie politische und soziale Stabilität sicherstellen soll. Dass es dabei auch Meinungsunterschiede im Kreise der Entscheidungsträger, wie der Gruppe um Jiang Zemin oder derjenigen um Hu Jintao gibt, ist ganz natürlich. Pressemeldungen von regelrechten Machtkämpfen zwischen Jiang und Hu entsprechen eher einem Sensationsjournalismus als der Realität. Auch die für September 2004 geplante Erweiterung der einflussreichen Zentralen Militärkommission (ZMK) von derzeit 8 auf 11 Mitglieder muss nicht weiter beunruhigen.

Taiwan wird zweifelsohne auf längere Sicht „flash point“ bleiben, die chinesisch-amerikanischen Beziehungen besonders tangieren, aber auch Auswirkungen auf die transatlantischen Beziehungen hinsichtlich der Aufhebung des EU-Waffenembargos haben. Ein intensiver sicherheitspolitischer Dialog Peking – Washington – Brüssel wird unausweichlich bleiben und konstruktive Ideen erforderlich machen.

Pekings regelmäßiges Säbelraseln, die Modernisierung insbesondere seiner See- und Luftstreitkräfte, muss nicht als Vorzeichen kriegerischer Auseinandersetzungen in der Straße von Taiwan bewertet werden. China, das von ausländischen Öllieferungen stark abhängig ist, muss seine Seestreitkräfte verstärken, um die Seerouten umfassend absichern sowie seine Kerninteressen glaubwürdig vertreten zu können.

Diplomatische Initiativen Pekings in Richtung Südostasien (ASEAN) und im Südlichen Pazifik unterstreichen Chinas langfris-

tiges Ziel der strategischen Vorherrschaft der USA in Asien und im Pazifik Paroli zu bieten. Auch dafür benötigt China Zeit. Aus diesem Grunde sehe ich, im Gegensatz zu vielen China-Beobachtern in den USA, mittelfristig, trotz chinesischer Rhetorik, keine militärische Konfrontation zwischen der VBA und taiwanesischen oder amerikanischen Streitkräften.

Für die USA wird die sicherheitspolitische Zusammenarbeit deshalb mit Japan, Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Singapur, um nur einige Staaten in dieser Region zu nennen, wegen deren geostrategischer Bedeutung auf lange Sicht unverzichtbar bleiben. Ein Blick auf die Landkarte lässt den Verlauf dieses ersten Verteidigungsparameters der USA deutlich erkennen.

Chinas Verhalten im Hinblick auf das nordkoreanische Nuklearprogramm wird politischen Beobachtern auch darüber Aufschluss geben, wie es mit den Beziehungen Washington – Peking tatsächlich bestellt ist. Dass Peking dabei natürlich eigene Interessen im Auge hat, in dem es von Washington Zugeständnisse in der Taiwan-Problematik als Gegenleistung für seine Unterstützung bei den Sechs-Parteien-Gesprächen erwartet, sollte nicht verwundern.

Die überraschende Entlassung des chinesischen Chefdelegierten und für die Sechs-Parteien-Gespräche verantwortlichen Vize-Außenministers, Wang Yi, kurz nachdem das nordkoreanische Außenministerium am 16.08.2004 verlauten ließ, möglicherweise aus taktischen Gründen, das Ministerium werde den für Herbst 2004 vorgesehenen Gesprächen fernbleiben, zeigt, dass Pekings Einfluss auf Nordkorea Grenzen hat. Hinzu kamen diplomatische Turbulenzen mit Südkorea wegen chinesischer Äußerungen zum Königreich Koguryo (37 B.C. bis 668 A.D.)

Was die wirtschaftliche Entwicklung Chinas anbelangt, sollten die hohen Wachstumsraten den Blick für die tatsächliche Wirtschaftslage des Landes nicht trüben. Die

vom chinesischen Statistamt genannten Problemfelder sind enorm und möglicherweise nur die Spitze des Eisberges. Auch das zweifelsohne im IKT-Sektor vorhandene Wachstumspotential muss die realen Marktchancen und die Konkurrenz vor Ort im Auge behalten. Erfolgreich wird im Chinageschäft auch nur derjenige sein, der über interkulturelle Kompetenz verfügt. Hierzu gehören Kenntnisse über die Besonderheiten der chinesischen Sprache und der Verhandlungsführung, die Bedeutung von Beziehungssystemen (Guanxi) und der Gesichtswahrung, Kenntnisse über die Geschichte und Politik Chinas und vieles mehr.

Chinas Aufstieg zur „Weltmacht“ wird auch einen intensiven transatlantischen Dialog unabdingbar machen.

*Dr. phil. Peter Roell,
Sino-Politologe,
ist Mitarbeiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union in Brüssel.*

*) Die Ausführungen geben die persönliche Auffassung des Autors wieder.

Quellen:

- (1) Vgl. Reschke, Jörg-Eckart, Flottillenadmiral a.D., Sicherheitspolitik in neuen Dimensionen, in: Rosenberg-Papier Nr. 3, Bonn, 1999.
- (2) Vgl. Roell, Peter: U.S.-German Bilateral Dialogue on China, Conference Report, Center for Strategic and International Studies, Washington D.C., January 2002, S. 21 – 23.
- (3) Vgl. Liu Jen-Kai, Die neuen Mitglieder der Führungsorgane des XVI. Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, in: China Aktuell, Hamburg, November 2002, S. 1276 – 1288.
- (4) Zur Entwicklung des chinesischen Raumfahrtprogramms siehe Schucher, Günter, Der große Sprung ins All: Anmerkungen zum chinesischen Raketenprogramm, in: China Aktuell, Hamburg, Oktober 2003, S. 1217 – 1222.
- (5) Siehe hierzu China's Military Modernisation – A Confluence of Improvements, Strategic Comments IISS London, Vol. 9, Issue 6. Das Council of Foreign Relations in den USA schätzt das Verteidigungsbudget Chinas im Jahre 2003 auf zwischen 44 und 67 Mrd. US Dollar.
- (6) China Aktuell, Hamburg, Januar 2004, S. 24. Aus Sicht der USA lag das Defizit im Handel mit China bis November 2003 bereits bei 114 Mrd. US Dollar.
- (7) Herald Tribune, 15.04.2004.
- (8) China Aktuell, Hamburg, Februar 2004, S. 142.
- (9) Vgl. Wacker, Gudrun: Ende des EU Waffenembargos gegen China?, Stiftung Wissenschaft und Politik – Aktuell, Berlin, März 2004, S. 2.
- (10) Zu den sino-russischen Beziehungen siehe auch: Umbach, Frank, The Wounded Bear and the Rising Dragon. The Sino-Russian Relationship at the Beginning of the 21st Century: A View From Europe, in: Asia Europe Journal, Springer Verlag, 2004.
- (11) Vgl. China Aktuell, Hamburg, Februar 2004, S. 138 sowie S. 142.

(12) Siehe hierzu Shambaugh, David, China's Rise in Asia and Implications for the United States. Vortrag anlässlich des Pacific Symposiums 2004 der National Defense University Washington D.C. vom 22. – 23.04.2004.

(13) Vgl. China Außenpolitik www.auswaertiges-amt.de/www/de/laenderinfos

(14) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 03.07.2003, S. 22.

(15) STRATFOR, Austin, Texas, 29.07.2004.

(16) STRATFOR, Austin, Texas, 05.08.2004. Ferner kam man Anfang Juli 2004 überein, eine "Hotline" zwischen dem pakistanischen Innenministerium und dem chinesischem Amt für Öffentliche Sicherheit einzurichten und nachrichtendienstliche Informationen im Bereich Terrorismusbekämpfung auszutauschen. Peking wird Pakistan ferner ein DNA-Labor sowie anderes Material für die pakistanischen Geheimdienste zur Verfügung stellen.

(17) Vgl. China Aktuell, Hamburg, Juni 2004, S. 602.

(18) Vgl. China Aktuell, Hamburg, Mai 2004, S. 471.

(19) Siehe hierzu China's EU Policy Paper, in: China Aktuell, Hamburg, Oktober 2003, S. 1254 – 1258 sowie European Security Concept for the 21st Century, in: Royal Institute for International Relations, Brüssel, Oktober 2003. Lesenswert auch die DGAP Analyse „Transatlantic Dialogue on China Final Report“, Februar 2003, Nr. 22 sowie der Beitrag von David Shambaugh „European and American Approaches to China: Different Beds, Same Dreams?“, Sigur Center for Asian Studies, The Elliott School of International Affairs, Washington, März 2002.

(20) Far Eastern Economic Review, Hongkong, 8. Juli 2004, S. 26.

(21) Vgl. Laurence, Susan V.: New Cracks in the Alliance, in: Far Eastern Economic Review, Hongkong, 12.08.2004, S. 24 – 27.

(22) Vgl. China Aktuell, Hamburg, Februar 2004, S. 140 – 143.

(23) Vgl. Schüller, Margot: Chinas wirtschaftlicher Aufstieg – Auslöser von Euphorie und Bedrohungsängsten, in: China Aktuell, Hamburg, Januar 2004, S. 40 – 47.

(24) Vgl. Think Tank Update, Konrad-Adenauer-Stiftung, Außenstelle Washington, Juni 2004.

(25) Neue Zürcher Zeitung, 14.06.2004. Siehe hierzu auch DIE ZEIT, Nr. 24, v. 03.06.2004.

(26) Vgl. Lieberthal, Kenneth, „China in 2003. What will China look like in 30 years?“, in: China Business Review, March/April 2003, S. 42 – 48.

(27) Vgl. Müller, Götz und Schüller, Margot; Der IKT Sektor in China und Indien, in: China Aktuell, Hamburg, Februar 2004, S. 155 – 167.

(28) Ebenda.

(29) Vgl. Fischer, Doris, Wettbewerb und Regulierungen im chinesischen Telekommunikationssektor: Herausforderung für ausländische Investoren, in: China Aktuell, Hamburg, November 2003, S. 1343 – 1353.

zig: Leipziger Universitätsverlag 2004 (ISBN 3-937209-48-4)

Der Mittlere Osten erweist sich als die weltpolitische Schlüsselregion des 21. Jahrhunderts. Zwischen Kairo und Kaschmir, zwischen Aden und Astrachan konzentrieren sich die entscheidenden ideologischen Auseinandersetzungen und ökonomischen Ressourcen der Gegenwart und Zukunft.

Nachzügler Berlin

Deutschland kann die aktuellen Probleme der Region weder verdrängen noch ignorieren, sie werden auf absehbare Zeit an der Spitze der internationalen Tagesordnung stehen. Auch aus diesem Grund kann der hier vorzustellende Sammelband mit Aufmerksamkeit und Interesse einer breiteren Öffentlichkeit rechnen. Die Einzelbeiträge ergeben nicht nur ein Gesamtbild deutscher Orientpolitik zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, sondern führen dem Betrachter auch vor Augen, in welchem Umfang die heutigen territorialen Krisenherde und ideologischen Flächenbrände des Mittleren Ostens in einer Zeit entzündet wurden, in der raumfremde europäische Mächte erstmals die Region durchdrangen.

Wolfgang G. Schwanitz, der Herausgeber, umreißt in seiner Einleitung die charakteristischen Merkmale der deutschen Orientpolitik vor 1914. Zunächst zeigte Berlin das typische Verhalten eines "late comers", also Anpassung an vorgegebene Verhaltensweisen verbunden mit dem Bemühen, den *status quo* behutsam, dann aber immer energischer zugunsten eigener Interessen zu verändern. Gleichzeitig war die Orientpolitik des Reiches stets den Beziehungen zu den anderen, älteren Großmächten nachgeordnet: Das politische Verhältnis zu London, Paris, Wien und St. Petersburg hatte lange Zeit Vorrang vor orientalischen Abenteuern. Berlin versuchte in erster Linie, seinen Handlungsspielraum zwischen den anderen Mächten als Mittler zu nutzen. Ziel war die Stabilisierung des Osmanischen Reiches, das im Zuge einer "pénétration pacifique"

zum bevorzugten Absatzmarkt, Rohstofflieferanten und militärischen Juniorpartner des Deutschen Reiches werden sollte.

In den Jahren vor 1914, und hier könnte genauer formuliert werden: seit der Aufteilung des Iran in britische und russische Einflussphären und der Machtübernahme der Jungtürken 1907/08, wurde der Großraum zwischen Balkan und Golfregion schließlich zum vorrangigen Krisengebiet. Durch seine militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Konstantinopel, vor allem aber durch den Bau der Bagdad-Bahn, geriet Deutschland in eine höchst gefährliche Mittellage zwischen Empire und Zarenreich, bis schließlich der "aufsteigende Halbmond" (Ernst Jäckh) im Weltkrieg düstere Schatten warf.

Ehrgeizige Ziele, gefährliche Instrumente

Zu Recht weist *Wolfgang G. Schwanitz* darauf hin, dass seit 1914 ein besonders gefährliches Instrument das Arsenal deutscher Orientpolitik ergänzte: die Aufwiegung der islamischen Welt. Der Diplomat, Archäologe und Orientexperte Max von Oppenheim entwarf in den ersten Kriegsmontaten jenen großen Plan, der noch während des 2. Weltkrieges Männer wie Franz von Papen oder Fritz Grobba inspirierte. Ihr Ziel war die Destabilisierung des britischen Weltreiches, ihr Instrument der islamische Aufstand gegen die angelsächsische Weltmacht.

Dabei wird Franz von Papens Rolle als deutscher Türkeibotschafter in den Jahren 1939 bis 1944 von *Karl Heinz Roth* anschaulich beschrieben. Diese Episode im Leben Papens wurde bisher in der historischen Forschung kaum erörtert, dabei erschließt gerade sie die personelle und geistige Kontinuität deutscher Orientpolitik in und zwischen den Weltkriegen. Papen, der als junger Staboffizier die deutsch-türkischen Operationen an der Palästinafront 1917/18 miterlebt und mitgestaltet hatte, sah sich in Ankara nicht primär als Botschafter des NS-Regimes, sondern als Vertreter der Groß- und

THEMEN

Historische Erfahrung und politische Aufgabe: Deutschland bleibt im Orient gefordert

Wolfgang G. Schwanitz (Hrsg.), Deutschland und der Mittlere Osten (=Comparativ: Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung, 14. Jahrgang, 2004, Heft 1), Leip-

Weltmacht Deutsches Reich. Er wollte 1939 politisch dort anknüpfen, wo 1918 die Mittelmächte militärisch gescheitert waren. Roths verdienstvolle Studie sollte in eine kritische Biographie Papens einfließen, wäre dann allerdings durch einige kritische Hinweise zu ergänzen. So spricht *Karl Heinz Roth* von Papens "diabolischer Rolle" – und tut ihm damit wohl zuviel der Ehre an. Schon die US-Kriegspropaganda malte Papen 1942 als "Teufel mit Zylinder" an die Wand und über sah dabei die intellektuellen Grenzen und moralischen Skrupel von Hitlers ehemaligem Vizekanzler.

Papen war eben kein eiskalter und hemmungsloser Machtpolitiker, sondern ein in katholischen Wertvorstellungen aufgewachsener, standesbewusster Aristokrat mit allen Beschränkungen des wilhelminischen Zeitalters. In völliger Verkennung Hitlers glaubte Papen 1933, die Nationalsozialisten in ein konservatives Kabinett einbinden zu können. Und ebenso naiv glaubte er 1939, in Ankara an Kriegsziele und Methoden der deutschen Orientpolitik des 1. Weltkrieges anknüpfen zu können. Nicht Papens vermeintliche Diabolik, sondern seine verhängnisvolle Ignoranz und Fehleinschätzung des NS-Regimes und sein außenpolitischer Ehrgeiz machten ihn zum diplomatischen Werkzeug Hitlers im Orient. An diesem Vorwurf ändert auch der Umstand nichts, dass Papen als Botschafter in der Türkei die zahlreichen deutschen Emigranten korrekt behandelte und über manchen schützend die Hand hielt, – eine Tatsache, die auch Ernst Engelberg, der große alte Mann der DDR-Historiographie, im persönlichen Rückblick zu würdigen wusste.

Verbindungslinien

Fritz Grobba gehörte ebenso wie Papen zu jenem Personenkreis, der die Kontinuität deutscher Orientpolitik zwischen Kaiserreich und Drittem Reich, ja sogar bis hin zur Bundesrepublik beispielhaft verkörperte. *Wolfgang G. Schwanitz* beschreibt seine Schlüsselrolle im kleinen Zirkel deutscher Orientexperten des

Auswärtigen Amts. Auch hier wird deutlich: Zwar blieb während des Dritten Reiches der Nahe und Mittlere Osten über Jahre hinweg eine exklusive Spielwiese der Sachkenner, aber in den wirklich kritischen Situationen wurden die Entscheidungen aufgrund von Erwägungen getroffen, die mit Orientierung nichts zu tun hatten. Entscheidend waren für Hitler und seine Paladine ihre Pläne mit Blick auf London und Moskau. Nicht das regionalpolitische Kalikül eines Sachkenners wie Grobba, sondern Wunsch- und Trugbilder der NS-Ideologie erwiesen sich als treibende Kräfte.

Allerdings: Zu den geistesgeschichtlichen Grundlagen des NS-Regimes gehörten auch Traditionen der deutschen Orientforschung, die für ideologischen Missbrauch anfällig waren. *Stefan R. Hausers* Studie über die "Deutsche Forschung zum Alten Orient" stimmt auch mit Blick auf den aktuellen deutschen Wissenschaftsbetrieb nachdenklich. Wie ausgeprägt bleibt doch die Bereitschaft, politisch korrekt den Strömungen der Zeit zu folgen! Während vor dem 1. Weltkrieg die deutsche Forschung zu Geschichte und Kunst Vorderasiens eine später nie mehr erreichte Blütezeit erlebte, drängte schon in der späten Weimarer Republik die vermeintliche Rückbesinnung auf Werte der klassischen Antike die vorderasiatische Altertumswissenschaft an den Rand der Forschungslandschaft. Leben, Werk und tragisches Ende von Persönlichkeiten wie Friedrich Sarre, Ernst Herzfeld oder Max von Oppenheim blieben dennoch eng mit der politischen Geschichte des Deutschen Reiches und des Orients verbunden.

So beschrieb Robert Byrons "Road to Oxiana" nicht nur eine Begegnung mit Ernst Herzfeld in Persepolis, sondern befürwortete gleichzeitig Jahre vor Entfesselung des 2. Weltkrieges ein britisch-sowjetisches Einvernehmen gegenüber dem Iran. Byrons strategisches Leitbild wurde nach Hitlers Überfall auf die Sowjetunion am 25. August 1941 verwirklicht: Sowjetische und britische Truppen drangen in das neutrale Land ein. Winston Churchill

kommentierte diesen Völkerrechtsverstoß lakonisch: *inter arma silenter leges*. Wie sehr vor diesem Hintergrund die traumatische Erfahrung imperialistischer Rivalität auf persischem Boden die iranische Politik bis heute beeinflusst, erläutert *Klaus Jaschinski* in seinem Beitrag "Das deutsch-iranische Verhältnis im Lichte der alliierten Invasion in Iran 1941". Die Abgabe einer Neutralitätserklärung nützte Iran in beiden Weltkriegen nichts, das Land wurde "zum bloßen Schacherojekt". Wer die iranische Beurteilung der internationalen Lage verstehen will, wird also nicht nur das totalitäre Weltbild der gegenwärtigen religiösen Führung, sondern auch die politisch-historische Gesamterfahrung des 20. Jahrhunderts in Rechnung stellen müssen.

Zeitgeschichtliche Aktualität

Und dies gilt nicht nur für den Iran, sondern für die ganze Region, wie die Länderstudien von *Uwe Pfullmann* zu Saudi-Arabien und *Renate Dieterich* zu Transjordanien belegen. Sicherlich: Die arabische Halbinsel und der westliche Teil des fruchtbaren Halbmonds spielten für die deutsche Politik im Mittleren Osten im Vergleich zur Türkei, zu Iran und Afghanistan nur eine flankierende Rolle. Aber auch hier erschließt der Blick zurück bemerkenswerte Einsichten wie etwa die von *Uwe Pfullmann* zitierte Notiz Friedrich Grobbas aus dem Jahre 1927, nach der "Ibn Saud nicht ein großes arabisches Reich auf nationaler Basis schaffen will, sondern panislamische Tendenzen verfolgt".

Schließlich besitzt der vorliegende Band eine eigene zeitgeschichtliche Qualität. Er ist dem Andenken des Arabisten und Islamwissenschaftlers Gerhard Höpp (1942-2003) gewidmet, dessen akademische Laufbahn am Orientalischen Institut der Universität Leipzig in der DDR begann und am Zentrum Moderner Orient im ungeteilten Berlin endete. Wissenschaftler aus ganz Deutschland ehren mit ihren Beiträgen einen sympathischen und bescheidenen Menschen, dessen wissenschaftliche Leistung jen-

seits des ideologischen Zeitalters Bestand haben wird und dessen Lebenserfahrung sowohl Wendezeiten im Okzident als auch Umbrüche im Orient umfasste. In einem Folgeband, der die Nah- und Mittelostpolitik des geteilten Deutschland zum Gegenstand haben sollte, würde eine vertiefte Beschäftigung mit Leben und Werk Gerhard Höpps einen angemessenen Platz finden.

Dr. Hans-Ulrich Seidt

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel. 0173-5497942

E-Mail ralph_thiele@hotmail.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

